

# Zu den werkgeschichtlichen und biographischen Hintergründen der Demokratietheorie Schumpeters

Ulrich Hedtke\*

Liest man *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (KS&D)* und damit auch die hier vorgestellte Demokratietheorie mit Blick auf werkgeschichtliche und biographische Zusammenhänge, dann begegnet einem so manche Überraschung.<sup>1</sup> So identifiziert der Pazifist Joseph Schumpeter in seiner um 1917/1918 erarbeiteten Analyse der Imperialismen den noch einflussreichen Feudaladel als kriegstreibende Kraft seiner Zeit. Demgegenüber firmiert der Adel in *KS&D* jedoch als eine politisch schützende Schicht. Galt ihm der dominant kriegerische Adel einst als ein Atavismus, so dreht er nunmehr den Spieß um. In den Vorarbeiten zu *KS&D* notiert er knapp „[...] ist nicht atavism sondern nötig“ (Schumpeter 1934 ff.:127). Die neue Einsicht setzt zugleich die These voraus, die Bourgeoisie allein vermöge die bürgerliche Zivilisation nicht politisch zu leiten. Daher beschert ihr der Adel neben kriegerischer Verführung vor allem politische Führung. Schumpeters Politologie trennt nunmehr die Position des feudalen Bodeneigentümers, der als Krieger des Gemeinwesens zugleich zu dessen politischem Führer wird, strikt von der politisch prekären Position des bourgeois Mobiliareigentümers. Denn:

„[...] ohne Schutz irgendeiner nicht-bourgeois Gruppe ist die Bourgeoisie politisch hilflos und unfähig, nicht nur die Nation zu führen, sondern auch nur für ihr besonderes Klasseninteresse zu sorgen. Was so viel heißt wie, daß sie einen Herrn braucht.“ (Schumpeter 2020: 182)<sup>2</sup>

So thematisiert er den Bourgeois politisch nicht als Citoyen, sondern als einen ökonomischen Privatier und geht davon aus, dass das bürgerliche Eigentum mit seiner Welt des *persönlichen* Geschäftsbetriebes eine besondere gesellschaftliche Sphäre schafft, in der es gemäß seiner sozialen Funktion zwar „jene Art von wirtschaftlicher Führung

1 Dieser Artikel entstand aus gemeinsamen Gesprächen mit Stefan Matern.

2 Diese Annahme steht in einer Tradition eines politischen Denkens, das im Gefolge der gescheiterten Acht- und vierziger Revolutionen von Herman Baumgartens Liberalismuskritik von 1866 bis zu Friedrich von Wieser führt. Obwohl von Wieser einer der akademischen Lehrer war, die Schumpeters Denken beeinflusst haben, können wir diesen Zusammenhängen hier nicht weiter nachgehen.

\* Dr. Ulrich Hedtke, Berlin  
Kontakt: post@hedtke.info

erobert, welche die Form des individuellen Unternehmertums annahm“, seine soziale Autorität jedoch zugleich darin erschöpft (Schumpeter 1993: 31). Die Bourgeoisie erscheint als eine separate Klasse von Führern, die in der Gemeinschaft, in die sie als nur wirtschaftlich bestimmend eingebettet ist, ein politisches Ordnungsproblem hervorruft. Das setzt sie Politikern und der Politik des Gemeinwesens aus und zwingt sie zu politischen Bündnissen. Ob es dabei zu einer Politik kommt, „die auf dem Verständnis des Wesens der kapitalistischen Maschine beruht“ (Schumpeter 1993: 28), hängt vom Kräfteverhältnis, der Urteilskraft und dem Führungsvermögen nichtbourgeoiser Kräfte und insbesondere ihrer Stellung zur Wirtschaftsverfassung ab. Die Antwort auf die Frage, wie Wirtschaft und Gesellschaft angesichts dieser problematischen Konstellation in jüngster Zeit historisch zueinander fanden, finden und finden könnten, gab Schumpeter bekanntlich mit seiner zyklentheoretisch orientierten Epochengliederung. Sie führt vom adelig gestützten ‚*intact capitalism*‘ des 19. Jahrhunderts um 1900 in die politisch weitgehend prekäre Zeit des ‚*fettered capitalism*‘<sup>3</sup> und schließt mit der Hoffnung auf eine vom Laborismus gestützte Zeit des (sozialdemokratischen) Nachkriegskapitalismus, wobei es ihm möglich zu sein schien, dass deren Stabilität bis zum Ende des 20. Jahrhunderts währt.

Diese Sicht bedingt auch die Frage, die Schumpeter an die Demokratie als politische Institution stellt: Wie vermag sie es, eine fruchtbare Koexistenz von Gesellschaft und Wirtschaft zu vermitteln?

Da Schumpeter in seinen späten Diagnosen für die Epoche nach 1900 auch von einer verstärkten Tendenz zum Imperialismus ausging, will ich auf eine Bemerkung in den *Wirtschaftszyklen* hinweisen, die in der Forschung kaum beachtet wird. Er wirft hier die Frage nach der Verursachung der beiden epochenspezifischen Tendenzen auf, der Tendenz zum militanten Nationalismus (respektive Imperialismus) einerseits, wie der zur Reaktion auf die soziale Frage andererseits.

„Das tiefste Problem der Wirtschaftssoziologie unserer Epoche ist, ob diese Tendenzen – in unserem Zusammenhang können wir von zwei Tendenzen sprechen – im Grunde eine einzige sind, und ob sie sich aus der Logik der kapitalistischen Entwicklung selbst ergaben oder Verzerrungen waren, die sich auf außerkapitalistische Einflüsse zurückführen lassen.“ (Schumpeter 1961: 411)

Da imperialistische Entwicklungen für Schumpeter je nach den gegebenen Bedingungen in Faschismus münden können, ist auch der Faschismus für ihn nicht als ein ‚Ausreißer‘, sondern als Reaktion auf politische Instabilitäten zu verstehen. Und dabei ist die These von der Instabilität nicht erst der Erfahrung der Weltwirtschaftskrise geschuldet; die Grundkonturen dieser Sicht hat er 1927 in seinem Vortrag *The instability of our economic system* vorgestellt und damit seine Sicht des zurückliegenden Jahrzehnts zusammengefasst (vgl. Schumpeter 1927: 16) In welchem Ausmaß die europäische Situation für ihn mit der aktuellen Gefahr katastrophaler Zuspitzungen verbunden war, bezeugt sein Vor-

3 So durchgehend die Bezeichnung in dem sozialökonomisch argumentierenden *KS&D*, während diese Epochen in den ökonomisch orientierten *Wirtschaftszyklen* als *competitive* respektive *trustified capitalism* notiert sind.

trag *The Problem of Europe*, über den die *New York Times* damals unter der redaktionellen Überschrift ‚sees catastrophe looming in Europe‘ berichtet hat. In dem von Schumpeter hierzu handschriftlich verfassten Konspekt zählt er bis hin zu „England’s failure to bring the powers of Europe into line against Bolshevism and her consequent retreat“ beinahe ein Dutzend innereuropäischer Konflikte auf, leichte wie auch schwere.

„This does not mean that even these questions are absolutely beyond the possibilities of statesmanship, but it does mean that they call for statesmanship of large horizons, and the present methods of routine diplomacy and the League of Nations merely amount to solving trifles and trifling with solutions. [...] meantime it is impossible to deny the existence of the danger of a new catastrophe, from which European culture may or may not emerge.“ (Schumpeter 1928b: 2)

Da Schumpeter hier beim Versagen gegenüber dem Bolschewismus ansetzt und die wissenschaftlich völlig indiskutable Editionspraxis, *KS&D* dem deutschsprachigen Publikum 74 Jahre lang nur als einen Torso, als eine von Edgar Salin als publikationswürdig erachtete Zensurfassung, zugänglich zu machen, auch dazu führte, dass der breiteren deutschen Rezeption Abschnitte des Werkes wie *Communism and the Russian Element* oder *Russian Imperialism and Communism* entgangen sind, sei hier wenigstens darauf hingewiesen, dass Schumpeter der Bolschewismus als eine historische Form des Imperialismus galt, als ein kommunistischer Imperialismus. In den *Pieces* notiert er immer wieder „Trouble with Russia is not daß Sozialist ist but that she is Russia“ (Schumpeter 1934 ff.: 518, wie auch 24, 25, 477, 498, 500). Wenn er dann mit Blick auf „the way the bourgeois mind works“ 1946 befürchtet, der bürgerliche Verstand begreife das Problem nicht, hoffe vielmehr „[a]fter twenty years Russians will be just as democratic and pacific as are we“ (Schumpeter 1992: 402), dann haben wir ein auch gegenwärtig eindrucksvolles Beispiel dafür vor uns, warum Schumpeter, wie eben zitiert, die Routinediplomatie von der „statesmanship of large horizons“ abhebt. Dabei entspricht diese Perspektive zugleich seiner Entdeckung des Unterschiedes zwischen dem Verhalten unter statischen gegenüber dem unter dynamischen Bedingungen und hebt das lediglich verwaltende vom innovativen Handeln ab. Dieser Zusammenhang macht aber auch auf Grenzen seines politologischen Vortrags in *KS&D* aufmerksam. Begegnet uns in dessen demokratietheoretischen Passagen doch ein eher undifferenziertes Verständnis von *leadership*, das auf das allgemeine Moment der sozialen Vorordnung abhebt und so die in anderen Kontexten gesondert thematisierte Problematik innovativer Führungsleistungen eher ausblendet.<sup>4</sup> In der Europa-Rede beklagt er aber nicht einen Mangel an leitendem Personal, sondern fehlenden Mut und die fehlende Weitsicht, *neue* politische Wege zu erschließen.

4 Wenn wir eine entsprechende Überlegung Schumpeters in der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* sinngemäß benutzen, dann setzt er in *KS&D* voraus, bloße Routinepolitik wie auch eigentlich staatsmännische Leistungen können dann einfach als *Führungsleistungen* betrachtet werden, wenn das Wesen der staatsmännischen Leistung nicht ausdrücklich zur Diskussion steht. Dies, zumal die staatsmännische Leistung natürlich alltäglich auch mit Routinen verknüpft ist.

Warum wendet sich Schumpeter in den späten dreißiger Jahren, in einer ihm außerordentlich instabil erscheinenden Zeit, in der „the methods indicated by economic expediency were politically unworkable while the socialist alternative was as yet economically impracticable“ (Schumpeter 1991: 345), gerade demokratietheoretischen Untersuchungen zu? In seinen Forschungen spielte die Demokratie ja bisher keine wesentliche Rolle. Ihm war zwar eine „soziologische Theorie der Demokratie“ bekannt, hatte er doch Gustav Stolper 1926 eine entsprechende Arbeit des ihm seit dem gemeinsamen Wirken im Lammasch-Kreis befreundeten Kelsen zur Publikation vorgeschlagen (vgl. Schumpeter 1926b). Wenn auch die von ihm schließlich entworfene Demokratietheorie in wichtigen Punkten der Kelsens verwandt ist, kann ich – die Jahre 1913/1914 einmal ausgenommen – nicht erkennen, dass er sich vor der Arbeit an *KS&D* mit diesem Fragenkreis systematisch auseinandergesetzt hat. 1913/1914 begegnet uns ein bemerkenswertes Vortragsthema, das auf die Perspektive verweist, unter der Schumpeter das Problem von Anfang an betrachtet hat. 1913 sprach er als Gastprofessor in Amerika auch über die Demokratie, einer der Vorträge stand unter dem Thema *Industrial Leadership and Equal Opportunity to All*. Zudem erfahren wir, dass er im Kreis einer Privatgesellschaft bei Mrs. John Astor über *Die Voraussetzungen der demokratischen Phraseologie und der Sinn des Konservatismus* gesprochen hat (vgl. Hedtke 2017: 12). Es gibt über diese Vorträge keine inhaltlichen Berichte, aber allein die Themenstellung verdeutlicht uns, dass er schon damals die politische Vorstellungswelt mit den ihm wesentlich scheinenden Zügen der wirtschaftlichen Realität konfrontiert und sie überdies im geneigten Astor-Kreis auf ihre Phraseologie hin befragt.

Mit Blick auf seine Publikationen geurteilt, hat ihn das Demokratieproblem bis hin zur Arbeit an *KS&D* kaum systematisch beschäftigt. In *Möglichkeiten des Sozialismus von heute* verhandelt er 1920/1921 Perspektiven der Sozialisierung, politisch damit verbundene Entwicklungen werden nicht untersucht. Der kleine Aufsatz *Der Sozialismus in England und bei uns* reflektiert den unterschiedlichen Habitus der beiden ‚Sozialismen‘ und würdigt die Minderheitenregierung der Labour Party unter Ramsay MacDonald. Das Demokratieproblem wird hier mit dem abschließenden Hinweis berührt, die Alternative Evolution oder Revolution werde nunmehr neu durchdacht werden müssen (vgl. Schumpeter 1924: 330). Seine zumeist wirtschaftspolitisch orientierte Vortragstätigkeit kreist in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre um den Grundsatz „stets muß man unterscheiden zwischen dem, was bei uns wirtschaftlich und finanziell möglich wäre und dem, was politisch möglich und zu erwarten ist“ (Schumpeter 1928: 1483, Hervorhebung d. A.). Ließen Mitte der zwanziger Jahre seine Erwartungen diesbezüglich noch die ausdrücklich formulierte Hoffnung auf eine „wissenschaftlich fundierte Politik“ zu, stellte er 1930 enttäuscht fest, das „soziale Problem unserer Zeit“ bestehe wesentlich darin, dass „in den Parlamenten Nichtfachmänner über wirtschaftliche Fragen [...] entscheiden“ (Schumpeter 1925: 202, 1930: 3). Aber 1931 verändert sich die politische Situation. Jetzt aktualisiert er die *Möglichkeiten des Sozialismus von heute* für eine französische Ausgabe mit einem Vorwort, das ausdrücklich eine mögliche Parallele zwischen der gegenwärtigen Situation und der Zeit der revolutionären Nachkriegskrisen ins Spiel bringt.

„Der Kernpunkt des Programms der sozialistischen Partei kann – selbst vom Standpunkt der politischen Routine – weder für die sozialistische Partei selbst, noch für ihre Gegner jemals gleichgültig werden, – und es kann urplötzlich große Aktualität gewinnen, ob die Partei das nun will oder nicht: die Ereignisse von 1919 in Deutschland sind ein Beispiel dafür.“ (Schumpeter 1931: 385)

Bevor wir auf den damit aufgeworfenen Fragekreis näher eingehen, will ich die oben berührte Vorstellung aufgreifen, das wirtschaftlich Mögliche bilde das Maß des politischen Handelns. Sie erlaubt es, Schumpeters Verständnis der Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik differenzierter zu fassen. Zugleich berührt diese Vorstellung sein wissenschaftstheoretisches Selbstverständnis. Da wir mit *KS&D* sozialökonomische Forschungen vor uns haben, präsentiert uns manches Schumpeterbild den Autor als *den* sozialökonomischen Denker. So erfassen wir jedoch nur eine Dimension seines wissenschaftlichen Wirkens. Sozialökonomische wie auch soziologische Untersuchungen setzen nach seinem Verständnis eigenständige Analysen des ökonomisch Möglichen voraus, die die *theoretische* Ökonomie erbringt. Letztere versteht Schumpeters als ‚exakte Theorie‘ als ein System von Gleichungen und Funktionalbeziehungen zwischen *rein ökonomischen* Größen. Im Verein mit sozialökonomischen und soziologischen Untersuchungen betrachtet, haben wir daher zwei unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven vor uns. Um beide jeweils nach ihrem eigenen Gewicht und ihren eigenen Methoden zu ihrem Recht kommen zu lassen, hat Schumpeter es sich verboten, den mit seiner *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* 1911 vorgetragenen Versuch zu wiederholen, in einer ökonomischen Arbeit zugleich zu erörtern, wie die Wirtschaft mit dem vielgestaltigen Ganzen der Gesellschaft einschließlich der Politik zusammenhängt (vgl. Schumpeter 1911: 463 ff.). Er achtet nach 1911 deutlich darauf, Soziales zwar sozialökonomisch, die Themen der theoretischen Ökonomie jedoch weitgehend soziologiefrei zu diskutieren. Nunmehr publiziert er einerseits eine Reihe soziologischer Aufsätze, so zur Klassentheorie, zum Imperialismus und zum Sozialismus und andererseits Arbeiten zur ökonomischen Theorie, darunter Neuauflagen der dann um die kultursoziologische Analyse gekürzten *Theorie der ökonomischen Entwicklung*. Mit seinem 1939 erschienenen ökonomischen Hauptwerk *Konjunkturzyklen* bringt er in den dreißiger Jahren seinen entwicklungstheoretischen Ansatz mit der Theorie langwelliger Wirtschaftszyklen zur Deckung und löst das ihn lange bewegende Problem, die entwicklungstheoretische Deskription auch analytisch zur Erscheinung zu bringen. Zugleich vergewissert er sich hier ausdrücklich, dass das (rein) ökonomische System des Kapitalismus zyklisch vermittelt in sich stabil ist und Instabilitäten grundsätzlich dem gesellschaftlichen Umfeld geschuldet sind, näher noch: der Politik.

Den Zusammenhang der beiden Forschungsrichtungen bei der theoretischen Analyse eines Wirtschaft *und* Gesellschaft umfassenden sozialen Ganzen möchte ich wie folgt charakterisieren: Stellt die ökonomisch-theoretische Analyse mit der Erkenntnis des systemeigenen Möglichen die Voraussetzung für die sozialökonomische wie soziologische Beurteilung dar, so lehrt erst die Kenntnis der sozialen und politischen Verhältnisse, welche Chancen bestehen, das ökonomisch Mögliche auch zu verwirklichen. Zusammen

mit der eingangs skizzierten Vorstellung von der Wirtschaft als dem auf absehbare Zeit gesamtgesellschaftlich maßgebenden Moment haben wir hier meiner Einschätzung nach die regulativen Ideen der politischen Analyse Schumpeters vor uns.

In *KS&D* geht es daher weitgehend darum, ob und unter welchen Bedingungen das als ökonomisch möglich Erkannte in der Epoche des ‚fettered capitalism‘ soziale Wirklichkeit werden kann. *KS&D* bildet in diesem Sinn ein soziologisches Komplement zu den *Konjunkturzyklen*. Das wird meiner Einschätzung nach auch daran deutlich, dass Schumpeter ab 1934 – und damit parallel zur Arbeit an den *Konjunkturzyklen* – die Arbeit am ‚Sozialismus-Buch‘ genannten *KS&D*-Projekt aufnimmt. Jedenfalls notiert er (offensichtlich) im Juni 1934:

„Ich beschließe Do 13 eben mich auf Sozialismus as best I can zu konzentrieren und vom 1. Kapitel zu beginnen; hiermit Arbeit auf diesem Gebiete (Vormittage) bis 1.VII; [das] aber soll nicht heißen, daß ich nicht irgendwo anders weiterarbeiten kann, wenn ich will!“ (Schumpeter 1934 ff.: 318)

Entsprechend dieser Orientierung am wirtschaftlich Möglichen hat er schon im Ausgang des Weltwirtschaftskrisenjahres 1931 ein zyklentheoretisches Verständnis der Wirtschaftsentwicklung angemahnt und darauf hingewiesen, nicht die Krise, sondern die zu erwartende konjunkturelle Erholung sei entscheidend. Impliziert sein Verständnis der Wirtschaft doch, gegebene Situationen jeweils vor dem Hintergrund des Verhaltens eines innovativ-evoluierenden Systems zu betrachten. Und von daher will Schumpeter für 1932 Hoffnungen wecken: der Tiefpunkt einer gleichsam physiologischen Krise des Kapitalismus sei durchschritten. Erst dann, wenn auch der zu erwartende Aufschwung zu einer Zeit der Krisen wird,

„wird es den politischen Schädigungen gelungen sein, der Wirtschaft das Rückgrat zu brechen, erst dann wird es auch richtig sein zu sagen, dass es aus ist mit dem Kapitalismus und allem, was er der Menschheit noch zu bieten hat.“ (Schumpeter 1931b: 421)

Von hier aus stellte sich für ihn mit allem Ernst die Frage nach einem möglicherweise zu diagnostizierenden Systemversagen, blieb doch die erwartete konjunkturelle Erholung aus. Vielmehr folgte ein deutlich depressives Jahrzehnt, das Schumpeter aber nicht von der Seite des ökonomisch Möglichen enttäuschte, sondern mit seinen politischen und sozialen Phänomenen, wie der Hochzeit des amerikanischen Kommunismus und der von ihm befahdeten Wende zum *New Deal*, mit seinen tendenziell resignativen Vorstellungen von einer säkularen Stagnation, ja, von einer Endzeit kapitalistischer Investitionschancen wie auch mit antimonopolistischen Stimmungen – all das beunruhigte ihn zutiefst (vgl. Mitchell 1947; Klehr 1984; Skidelski 2018; Hansen 1938). 1935 wird ein Vortrag von ihm an der University of Illinois mit der Aussage zitiert, der Lebenswille der kapitalistischen Gesellschaft „is breaking down“ (Schumpeter 1935: 11). Anfang 1936 erklärt er in seinem für die Arbeit an *KS&D* wichtigen Vortrag *Can Capitalism survive?* zwar „Nach Meinung des Autors ist die [...] Frage negativ zu beantworten“ (Schumpeter 1993: 19). Man versteht den Vortrag aber erst richtig, wenn man auch seine ökonomische Projektion für den Fall zur Kenntnis nimmt, dass der kapitalistische Wirtschaftsmechanismus sich

weiterhin störungsfrei entfalten könnte. Dann wäre, rechnet er damals vor, das durchschnittliche kaufkraftbereinigte Prokopfeinkommen in den USA im Jahre 1978 etwa dreimal so hoch wie das von 1928. Haben wir damit die eher optimistische Seite seiner Vorstellung von den möglichen Entwicklungstendenzen vor uns, steht ihr die von sozialen „Krisen oder Katastrophen“ gegenüber, die externen (das heißt nichtökonomischen) Ursachen „wie Kriegen und politischen Fehlentscheidungen“ geschuldet sind (Schumpeter 1991: 31). Daher müssen wir im Sinne Schumpeters prinzipiell zwischen extern verursachten historischen Brüchen einerseits und den Selbstveränderungstendenzen des ökonomischen Systems andererseits unterscheiden. Während letztere, wie die Tendenz zur Vergesellschaftung der Produktion und zur zurückgehenden Bedeutung der originären Unternehmerfunktion, aus sich selbst und in *historischer* Perspektive auf Systemgrenzen verweisen, gelten Schumpeter wirtschaftlich dysfunktionale Entscheidungen auch dann als externe Störungen, wenn sie, wie der nunmehr dominante Rationalismus und die politischen Gleichheitsbestrebungen, bürgerlichen Überzeugungen und einer spezifisch bürgerlichen Mentalität geschuldet sind. Hat man diese Gemengelage nicht im Blick, verirrt man sich wohl leicht auf den verschlungenen Wegen der vielfältigen Destruktionsanalysen, die Schumpeter in *KS&D* ausbreitet. Denn bei all dem darf man einen für Schumpeter ausschlaggebenden Unterschied nicht übersehen: den zwischen einem Kapitalismus, der für eine Systemwende von sich aus ökonomisch reif ist und einer gleichsam tragischen Revolution, in der ‚externe‘ Kräfte das System rein voluntaristisch als obsolet behandeln. Erst Schumpeters Position, ein demokratischer Weg in den Sozialismus setze *zwingend* einen ausgereiften Kapitalismus voraus, impliziert ja die Norm, jeder, der die Demokratie bewahren möchte, orientiere sich in erster Linie daran, ob die produktiven Möglichkeiten wirklich erschöpft sind, die die *bestehende* Wirtschaftsordnung bietet.

Liegt es angesichts dieser Konditionierung schon von hier aus nahe, danach zu fragen, ob der Wille zur Demokratie, etwa bei den Sozialdemokraten, wirklich unerschütterlich sei, so ist es auch kein Zufall, dass Schumpeter 1936 neben Kriegen auf politische Fehlentscheidungen als Beispiele für extern verursachte Zusammenbrüche hinweist. Analysiert er doch in diesen Jahren die möglichen Konsequenzen der zeitgenössischen Situation immer wieder mit Blick auf die Nachkriegskrise in Europa, die in einen ersten Schub sozialistischer Revolutionen, Umstürze und Umsturzversuche wie auch in die Auflösung seines heimatlichen Vielvölkerstaates mündete. Wenn er etwa dazu rät, eine mögliche Verwandtschaft des Zustandes in den USA „mit dem deutschen Zusammenbruch im Jahre 1918“ zu bedenken, dann führen *eigene* Nachkriegserfahrungen die Regie, die ihn zugleich von vielen seiner amerikanischen Kollegen unterscheiden. Seine damalige Furcht vor einem Kollaps bürgerlicher Politik ist wohl kaum nachzuvollziehen, ohne den nachstehenden Vergleich ernst zu nehmen:

„Der Wandel in der Politik [der USA, Anmerkung d. A.] datiert erst seit 1934/35. Er ging nicht so sehr voraus, sondern folgte vielmehr der Radikalisierung der öffentlichen Meinung, die als Folge der Krise zwischen 1930 und 1933 eingetreten war, so wie Radikalisierung in Ländern, in denen die Staatsautorität mit militärischen Wertsetzungen verknüpft ist, als Folge einer militärischen Niederlage einzutreten pflegt.“ (Schumpeter 1961: 1081)

Schumpeter war ja bei weitem nicht nur ein Zeuge dieser Ereignisse, sondern selbst auf eine Weise politisch aktiv, die dem Charakter dieser Ereignisse entsprach. So engagierte er sich bis hin zu einer politischen Debatte mit Kaiser Karl I. ab 1916 ausdrücklich pazifistisch, stritt mit Memoranden und anderen Initiativen für eine Reichsreform und gegen eine weitere Teilnahme Österreich-Ungarns am Krieg. Mit seinen Imperialismus-Auf-sätzen legte er eine politisch-soziologische Analyse des Charakters des 1. Weltkrieges vor und war nach dem Kriegsende nicht nur Mitglied der deutschen Sozialisierungskommission, sondern 1919 auch als Minister des Kabinetts Renner aktiv.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob von der Logik des Überganges her auch ein evolutionärer und demokratischer Übergang zum Sozialismus möglich sei, erinnert er in *KS&D* bekanntlich an eigene durchaus zwiespältige Erfahrungen. Man mag darüber streiten, ob und inwieweit diese Erinnerung selbst auch ein Grund war, diese Frage nunmehr aufzuwerfen; wir sollten sie aber keinesfalls ohne diesen Zusammenhang mit Schumpeters politischen Erfahrungen betrachten.

„Die österreichischen Sozialisten hielten 1918 und 1919 zur Demokratie [...]. Während der wenigen Monate jedoch, da die Monopolisierung der Macht innerhalb Reichweite zu sein schien, war die Stellung vieler von ihnen nicht ganz unzweideutig. Zu jener Zeit sprach Fritz Adler vom Mehrheitsprinzip als vom Fetischdienst am ‚Zufall der Arithmetik‘, und viele andere zuckten die Achseln über demokratische Verfahrensregeln.“ (Schumpeter 2020: 315)

Nun wurde Adlers Aufsatz am 10. Mai 1919 in *Der Kampf* publiziert. Er zitiert darin die Entschlossenheit der Arbeiterräte, sich auf dem Weg zum Sozialismus keinesfalls durch die mit den Parteienverhältnissen der Nationalversammlung bestehenden ‚Zufälle der Arithmetik‘ aufhalten zu lassen. Mit Blick auf Gegner der Sozialisierung droht Adler dann, möglicherweise alle nichtarbeitenden Eigentümer „von allen politischen Rechten und damit auch vom Wahlrecht auszuschließen“ (Adler 1919: 260). Für den damals auch in Sachen Sozialisierung stark engagierten Finanzminister bedeutete das im Mai 1919 die Drohung, jedem Versuch, die Sozialisierung zu bremsen, werde man gegebenenfalls mit dem Übergang zur Diktatur begegnen, was für Schumpeter darauf hinauslief, das nicht nur hungernde, sondern nicht einmal seiner Grenzen sichere Deutsch-Österreich von allen Kreditmöglichkeiten abzuschneiden und ins Chaos zu stürzen.

Dass es sich für Schumpeter um existentielle politische Bedenken gehandelt hat, unterstreicht folgende bisher biographisch weitestgehend unbekannte Tatsache. Parallel zu seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt versuchte Schumpeter Ende 1919 über seinen finanzpolitischen Ratgeber Gottfried Kunwald, der gleichzeitig ein enger finanzpolitischer Berater des einflussreichen christlich-sozialen Politikers Ignaz Seipel war, die Führung dieser Partei dahin zu beeinflussen, „mit allen Mitteln und in der dem jeweiligen Kreis angepassten Form zu rücksichtslosem Angriff zu schreiten zunächst ohne andere Absicht als dieses Régime zu stürzen“ (Schumpeter 1919b : 312). Dies wurde von christlich-sozialer Seite damals mit dem Hinweis abgelehnt, dafür sei die Zeit noch nicht reif. Bekanntlich kam es erst im Juni 1920 zum Bruch der Koalition mit den Sozialdemokraten. Dafür war – wie Seipel damals im Nationalrat betonte – die sozialdemokratische



Auffassung von der Demokratie maßgeblich, wonach „nur eine Klasse allein die Gewalt haben soll“ (Seipel 1920: 5).

Nimmt man überdies zur Kenntnis, dass Schumpeter sowohl der deutschen wie der österreichischen Sozialdemokratie attestierte, ihre späteren demokratischen Kundgebungen seien auch unter dem Druck reaktionärer Bedrohungen zustande gekommen und daher vielleicht fragwürdig, dann wird meiner Einschätzung nach deutlich, dass er die zentrale Frage der Demokratie-Diskussion in *KS&D*, ob ein demokratischer Sozialismus überhaupt denkbar ist, auch unter dem Eindruck persönlicher Erfahrungen aufwirft. Zugleich gilt seine Sorge einer möglichst evolutionären Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Es ist meiner Einschätzung nach angebracht, in diesem Zusammenhang von Sorge zu sprechen und damit zugleich die Intention zu thematisieren, die Schumpeter mit seiner Arbeit an *KS&D* verband. Ingo Pies (2017: 17) hat im Zusammenhang mit einer hier nicht zur Debatte stehenden recht eigenwilligen und hoffentlich nicht zu streng gemeinten Werkdeutung, bei Schumpeter dominiere Ironie, meiner Einschätzung nach zutreffend festgestellt, dass Schumpeter mit *KS&D* zu den politischen Fragen seiner Zeit *normativ* Stellung nimmt. Nicht nur die in den *Pieces* wiederholt spürbare Erregung, Wut und Bissigkeit, die ihn bei der Arbeit am Buch begleitete, sondern auch der andauernde Wunsch, hoffentlich gelingt es, den Text dermaßen sachlich-fachlich zu halten, dass man die persönliche Leidenschaft nicht spürt, – all das legt nahe, dass wir es hier mit einer Streitschrift zu tun haben. 1941 mündeten seine *Lowell Lectures* unüberhörbar in den Hinweis, noch hänge es von den Handelnden, ihren Fähigkeiten und ihrem Wollen ab, ob und wann gefährliche historische Tendenzen die Wirklichkeit bestimmen. Abschließend fügt er hinzu: „I said [...] that no more can be achieved by individual or group volitions than to perform transition with a minimum of loss of human values“ (Schumpeter 1991: 399). In *KS&D* – und leidenschaftlicher noch in den *Pieces* – lesen wir hierzu:

„Doch was den akademischen Intellektuellen betrifft, so ist der einzige Mut, der ihm möglicherweise zur Ehre gereichen kann, der Mut zu kritisieren, zu warnen und zur Zurückhaltung zu raten.“ (Schumpeter 2020: 301)

Ausgehend von Schumpeters Sicht auf das Politik-Problem seiner Zeit bedarf es keiner Deutungskünste, um die für ihn damit verbundene Orientierung zu erfassen: Vernichtet nicht die real mögliche Perspektive, dass alle Menschen zumindest der Sorge ums tägliche Brot enthoben werden! Achtet die Bedingungen, unter denen die bestehende Wirtschaftsverfassung auszureifen vermag! Bleibt auf einer evolutionären Bahn!

In den *Pieces* sehen wir nun auch, dass er sich im Vorfeld von *KS&D* ausdrücklich des Wortlautes der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und Lincolns Erklärung von Gettysburg versichert, und hierzu den Aphorismus notiert: „All men born equal – good by people not necessary good for people“. Daneben notiert er: „Was heißt es, daß alle Menschen born equal, der Mann, der sich nicht für den Postschalter eignet, soll gleiches Recht haben in deciding über freedom“ (Schumpeter 1934 ff.: 349). Schumpeter erteilt *jeder* Behauptung einer entsprechenden Eigenschaftsgleichheit die Abfuhr: „Als tatsächliche Aussage über die menschliche Natur kann sie in keinem denkbaren

Sinne richtig sein.“ Damit konfrontiert, dass Schumpeter nicht einmal die in diesem absprechenden Satz zugleich enthaltene Zubilligung bemerkt, die so Beurteilten besäßen alle „menschliche Natur“ und er es so eigentlich mit unserer Gleichheit *und* unserer Verschiedenheit zu tun hat, müssen wir uns wohl darauf besinnen, hier einen Essay vor uns zu haben (Schumpeter 2020: 334, Fußnote 3). Da darf der Autor es seiner Intension auch einmal gestatten, sich grotesker Subsumtionen zu bedienen. Denn subsumiert sich hier die politische Absicht gewaltsam die Tatsachen, so postuliert eine imaginäre „politische Leistungsfähigkeit“, nur sie vermag das Maß für die Zubilligung politischer Rechte zu bilden (Schumpeter 2020: 334, Fußnote 3). Den Sinn dieser eigentlich paradoxen Passagen machen wohl Schumpeters Überlegungen zu Autorität und Disziplin deutlich. Da begegnet uns unter anderem die Klage, die Behauptung politischer Gleichheit und die Vorstellung, der Arbeiter „sei ein ebenso wertvoller Bürger wie irgend jemand sonst“ führe zu gesellschaftlicher Disziplinlosigkeit und gefährde im Gefolge gewerkschaftlichen Tuns und Streikens die nötige „autoritäre Disziplin“ (Schumpeter 2020: 281). Erst der Sozialismus mache es für jeden erkennbar, dass Streiks nichts anderes sind als „antisocial attacks upon the nation’s welfare“ (Schumpeter 1934 ff.: 276). Über die vermeintliche Urteilsschwäche der Wähler hinaus bewegt ihn hier auch die Sorge, dass die Demokratie ökonomisch desaströse Widerstände gegen Subordination mobilisiert. Zugleich ist zu bemerken, dass sich sein sozialökonomisches Verständnis dahin verengen kann, soziale Fragen *nur* mit Blick auf ökonomische Wirkungen zu reflektieren. Im Gegensatz zu seiner Verortung der Gleichheit im Reich des nur Ideellen, beklagt er hier natürlich deren gegenständliche Erscheinung und Gewalt. Sein Feldzug gegen die Frech- oder Freiheiten vermeintlich nur „idealistische[r] Postulate“ mündet bekanntlich in die zugespitzt vorgetragene Vorstellung, die Demokratie sei nichts anderes als eine Methode, um eine politische Führung zu selektieren. Orientiert diese Bewertung doch nicht auf das Studium des operationalen Charakters von Demokratien, sondern entlässt die Demokratie aus dem Reich der Ideale und siedelt sie in der Welt des Instrumentellen an. Die resultierende soziologische Demokratietheorie ist nicht nur wirtschaftszentriert, sondern zugleich auch menschenrechtskritisch.<sup>5</sup>

Aber bleibt es wirklich nur bei dem? Gilt Schumpeter die Demokratie nur instrumentell? Bekanntlich komplettiert unser Autor seine Sicht der Demokratie um eine Diskussion der Bedingungen, unter denen sie zu funktionieren vermag, „ohne Situationen zu schaffen, die zur Zuflucht zu nicht-demokratischen Methoden zwingen“ (Schumpeter 2020: 383, Fußnote 5). Suggestiert dies, man sei klug beraten, die Staatsformen jeweils bedingungskonform zu gestalten? Ist das Schumpeters Rat an die politische Vernunft? Empfiehlt er, man möge, zumal in „unruhigen Zeiten“ (Schumpeter 2020: 390),

5 Die Betonung des grundsätzlich soziologischen Charakters ist auch deshalb wichtig, weil die von Anthony Downs (1968: 28) entwickelte Vorstellung, es handle sich hier um eine *ökonomische* Theorie zuweilen unkritisch übernommen wird. Downs Interpretation der politischen Theorie Schumpeters setzt die Deutung voraus, Konkurrieren sei ein ausschließlich ökonomisches Verhalten. Wer darauf verzichtet, erotische, sportliche, berufliche wie auch die politische Konkurrenz um Stimmen, Posten, Throne, Häuptlingswürden oder Kardinalshüte als Sozialverhalten wahrzunehmen, der mag wohl auch die *Meistersinger* für eine ökonomische Oper halten.

die Methoden einfach wechseln? Jedoch, wenn auch in *KS&D* nicht immer unmissverständlich formuliert, so stellen diese Kausalbetrachtungen doch zugleich Warnungen dar.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang die aus Schumpeters Perspektive ausschlaggebende Bedingung für den Umschlag in die zeitgenössische Diktatur. Sie ist gegeben, wenn Streitpunkte nicht gelöst werden können, „die eine Nation in zwei feindliche Lager teilen“ und dies zudem Ideale berührt, „über welche Menschen einen Kompromiss ablehnen“ (Schumpeter 2020: 390). Aber – und das ist hier wesentlich – für Schumpeter ist die Demokratie nicht nur konsensgefährdet, sie bietet vielmehr auch die Verfassung, die geeignet ist, eine politische Gemeinschaft möglichst im Konsens zu halten! Das wird in den *Pieces* wohl deutlicher als im Werk selbst. Denn dort setzt er sich nicht nur äußerst kritisch mit dem Majoritätsprinzip auseinander und notiert wiederholt, es gehe nicht um Majorität, sondern um Konsens. In den *Pieces* skizziert er auch zwei konzeptionelle Vorstellungen, die in *KS&D* faktisch keine Rolle spielen.

Zum einen die von einer ‚disqualifizierten Minderheit‘, die, das sei hier wenigstens angedeutet, Adlers oben erwähntem Zugriff durchaus verwandt ist, ihn aber als Konsequenz eines ausgereiften Kapitalismus versteht. Dies vorausgesetzt, könne man einen demokratischen Weg zum Sozialismus bahnen, indem derjenigen Minderheit das Wahlrecht entzogen wird, deren soziale Funktion mit dem Systembruch historisch obsolet wird. Stellt man diese Minderheit auf diese Weise politisch gleichsam still, vergrößert man die Chance zur demokratischen Mehrheitsbildung und umso wahrscheinlicher wird es dann, den Systembruch auf einem demokratischen und evolutionären Weg zu meistern. Mit Blick auf die für eine gewisse Übergangszeit politisch Entrechteten denkt Schumpeter an jene Minderheit, die in Marx’ Vision in der großen Revolution weggefegt wird. Und zwar, wenn nötig, mit Gewalt. Demgegenüber sucht Schumpeter eine Lösung, die die für die systemisch obsolet werdenden sozialen Schichten existentiell gefährliche Übergangszeit überbrückt, sucht, wie oben zitiert, einen Weg „with a minimum of loss of human values“. So zu verfahren, läge auch im Interesse der neu sich herausbildenden Welt. Obsolet werden nicht die fraglichen Schichten, sondern ihre bisherigen sozialen Funktionen, während sie mit ihrem Talent, ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten gerade ein lebenswichtiges „nationales Aktivum“ der neuen Ordnung bilden (Schumpeter 2020: 326). Diese Überlegungen Schumpeters in den *Pieces* zur ‚disqualifizierten Minorität‘ haben aber in den *KS&D*, bis auf eine Bemerkung, die auf Marx’ mögliche Haltung hinweist, kaum Spuren hinterlassen (vgl. Schumpeter 2020: 310).

Darüber hinaus überrascht Schumpeter in den *Pieces* mit weiteren Überlegungen zum konsensorientierten Verständnis der Demokratie. Souveräne Willensäußerungen vorausgesetzt, sei gerade in der Demokratie via Kompromiss und politischem Entgegenkommen eine möglichst umfassende Willensbildung möglich und auch möglichst zu sichern. Ausschlaggebend ist ihm hier, „that the will of minorities should not, in a democratic community, be unconditionally overridden or the will of the majority unconditionally prevail“ (Schumpeter 1934 ff.: 358).

So attestiert er der selektiven Praxis der Demokratie, gerade sie sei ein probates Bollwerk gegen eine Vergewaltigung von Minderheiten. Darüber hinaus eröffne sie sogar

die Chance zu politischen Kompromissen. Wenn nicht das Volk, sondern die Politiker entscheiden, dann wird eine Konstellation möglich, die „nicht notwendigerweise eine Unterordnung der Minderheit in Sachfragen impliziert“. In diesem Zusammenhang entwickelt er in den *Pieces* dann das Konzept, in allen politisch substantiellen Fragen möge man im Unterschied zu rein numerischem Übergewicht eine qualifizierte Mehrheit anstreben. Diese Orientierung reflektiert einerseits die Frage, die ihn in den *Pieces* immer wieder bewegt: „Wie steht [die] Demokratie zur Überwertigkeit einer kleinen Minorität“ (Schumpeter 1934 ff.: 372). Trotz der für uns unerträglichen Wertigkeitsvorstellung sollten wir deren innovationstheoretischen Hintergrund nicht übersehen. Denn breiten gesellschaftlichen Entwicklungen gehen in der Regel konstitutive Initialphasen voraus, die der Initiative einzelner Personen respektive der von Minderheiten geschuldet sind. Vor allem geht es Schumpeter hier aber um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als orientierendes Beispiel gilt ihm der vermeintliche Usus der englischen Demokratie,

„unless supported by a ‚qualified majority‘ – of which no doubt a ‚big‘ majority is but a very imperfect substitute – the prime minister will in general be neither able nor willing to open severely controversial issues.“ (Schumpeter 1934 ff.: 372–373)<sup>6</sup>

Auch hier haben wir einen Gedankengang vor uns, den Schumpeter in *KS&D* nur in einer Fußnote berührt, zudem eher beiläufig (Schumpeter 2020: 370, Fußnote 21).

Ich vermag nicht zu sagen, warum Schumpeter die hier skizzierte Vorstellung von einer konsensorientierten Demokratie nicht näher ausgearbeitet hat. In *KS&D* ist diesbezüglich kaum mehr als ein Hinweis auf gut geführte („well-managed“) Demokratien zu finden (Schumpeter 2020: 444, Fußnote 21). Aber Schumpeter ist in mancher Beziehung wirklich ein schwieriger Autor, der, wie wir gesehen haben, sogar Überlegungen zu sozialökonomischen Grundfragen seiner Epoche eher nebenbei mitteilt.

Meiner Einschätzung nach kann man Schumpeters Einstellung zur Demokratie wie folgt festhalten: Während die Demokratie die Möglichkeit birgt, Wirtschaft und Gesellschaft in den prekären Epochen des ausreifenden Kapitalismus organisch und evolutiv aneinander zu orientieren, vermag gerade eine konsensorientierte Demokratie, die Gesellschaft auf diesem Weg auch zusammenzuhalten. Die konsensorientierte Demokratie ist nicht nur ein Mittel, sondern auch von Wert.

6 Als ich diese Passagen der *Pieces* edierte, kam es im Unterhaus zum Entscheid über den *Brexit*. Wie wir wissen, hat man sich nicht an Schumpeters Weisheit gehalten. Zur Bewertung des britischen Parlamentarismus als eher konsens- und kooperationsfremd vgl. auch *Her Majesty's Opposition* (Sydow / Joos 2017).

## Literatur<sup>7</sup>

- Adler, Friedrich, 1919: Die Zufälle der Arithmetik und das Schicksal der Sozialisierung. In: *Der Kampf* 10.5, 257–259.
- Benne, Karl / Hedtke, Ulrich, 2017 (Hg.): Schumpeters Laborism-Vortrag von 1946; [www.schumpeter.info/schriften/Schumpeters%20Sozialismus.pdf](http://www.schumpeter.info/schriften/Schumpeters%20Sozialismus.pdf), 21.07.2022.
- Downs, Anthony, 1968: *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen.
- Hansen, Alvin, 1938: *Full Recovery or Stagnation?* New York.
- Hedtke, Ulrich, 2017: Schumpeters Gastprofessur 1913/1914 im Spiegel der Presse; <https://schumpeter.info/schriften/schumpeteriana-II.pdf>, 21.07.2022.
- Klehr, Harvey, 1984: *The Heyday of American Communism: The Depression Decade*, New York.
- Mitchell, Broadus, 1947: *The Depression Decade: From New Era Through New Deal 1929–1941*, New York.
- Pies, Ingo, 2017: *Ironie bei Schumpeter*. Diskussionspapier Nr. 2017-04, Halle (Saale).
- Schumpeter, Joseph A., 1911: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Leipzig.
- Schumpeter, Joseph A., 1914: Bericht über die Mission als Austauschprofessor an der Columbia-Universität in New York 1913–1914; <https://schumpeter.info/schriften/Amerikabericht.pdf>, 08.08.2022.
- Schumpeter, Joseph A., 1919a: *Zur Soziologie der Imperialismen*, Tübingen.
- Schumpeter, Joseph A., 1919b: (An Gottfried Kunwald), Österreichisches Staatsarchiv (Wien), Archiv der Republik, Moskauer Überstellung 616-1-1269, Blatt 312 (unveröffentlichtes Manuskript).
- Schumpeter, Joseph A., 1920: Sozialistische Möglichkeiten von heute. In: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik* 48, 305–360.
- Schumpeter, Joseph A., 1924: Der Sozialismus in England und bei uns. In: *Der Österreichische Volkswirt* 16, 295–297, 327–330.
- Schumpeter, Joseph A., 1925: Edgeworth und die neuere Wirtschaftstheorie. In: *Weltwirtschaftliches Archiv* 44, 83–202.
- Schumpeter, Joseph A., 1926a: Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute. In: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* 50, 337–388.
- Schumpeter, Joseph A., 1926b: Josef Schumpeter an Gustav Stolper, 1. September 1926. Bundesarchiv, BArch N 1186/31, Nachlass Gustav Stolper, Berliner Zeit, Korrespondenzen (unveröffentlichtes Manuskript).
- Schumpeter, Joseph A., 1927: Is the capitalist system stable? German Professor's answer. In: *Manchester Guardian* vom 03.09.1927, 16.

7 Hier nicht nachgewiesene Zweitaufgaben und Onlinepublikationen der zitierten *Schumpeteriana* finden Sie in der Werkbibliografie unter [www.schumpeter.info/doks/bibliografie.html](http://www.schumpeter.info/doks/bibliografie.html), 21.07.2021.

- Schumpeter, Joseph A., 1928a: Politics and Finance in Europe [Vortrag]. In: The New York Times vom 21.02.1928, 16.
- Schumpeter, Joseph A., 1928b: The Problems of Europe. Lecture at Yale, Nach dem hs. Manuskript Schumpeters in der Beinecke Rare Books and Manuscript Library, New Haven (unveröffentlichtes Manuskript).
- Schumpeter, Joseph A., 1928c: Deutschlands staatsfinanzielle Zukunft. In: Zement 17, 1483–1488.
- Schumpeter, Joseph A., 1930: Wirtschaft und Kultur – Zwei Vorträge im Rahmen der Ferienkurse an der Universität Bonn. In: Deutsche Reichs-Zeitung vom 14.04. 1930, 3.
- Schumpeter, Joseph A., 1931a. Les possibilités actuelles du socialisme. In: L'Année Politique Française et Etrangère. 6, 385–418.
- Schumpeter, Joseph A., 1931b: Dauerkrise? In: Der Deutsche Volkswirt 6, 418–421.
- Schumpeter, Joseph A., 1934 ff: Pieces of manuscripts, discarded manuscripts, notes and other material for the socialism-book; <https://www.schumpeter.info/schriften/edition%20hedtke.pdf>, 21.07.2022.
- Schumpeter 1935a: Changing ideas may doom capitalism. [Vortrag] In: Cincinnati Enquirer vom 19.01.1935, 11.
- Schumpeter, Joseph A., 1939: Business Cycles: A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process, New York / London.
- Schumpeter, Joseph A., 1961 [1939]: Konjunkturzyklen: Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen.
- Schumpeter, Joseph A., 1991 [1941]: An Economic Interpretation of our Time. In: Ders., The Economic and Sociology of Capitalism, hg v. Richard Swedberg, Princeton.
- Schumpeter, Joseph A., 1992 [1950]: Capitalism, Socialism & Democracy, London / New York.
- Schumpeter, Joseph A., 1993 [1936]: Kann der Kapitalismus überleben? In: Herbert Matis / Dieter Stifel (Hg.), Ist der Kapitalismus noch zu retten?, Wien.
- Schumpeter, Joseph A., 2020 [1946]: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. [Mit einer Einführung von Heinz D. Kurz], Tübingen. <https://doi.org/10.36198/9783838553177>
- Seipel, Ignaz, 1920: Rede in der Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich am 7. Juli 1920. In: Neue Freie Presse (Wien) vom 08.07.1920, 5.
- Skidelsky, Robert, 2018: The Great Depression: Keynes' Perspective. In: Harold James (Hg), The Interwar Depression in an International Context, Berlin / Boston, 99–100. <https://doi.org/10.1524/9783486594485-008>
- Sydow, Gernot / Jooß, Hendrick, 2017: „Her Majesty's Opposition“: Eine Institution ohne Macht? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48, 535–556. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2017-3-535>